



## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

### **Andreas Schulz: Das Kaiserreich wird abgewählt. Wahlen in den schwarzburgischen Fürstentümern 1867 - 1918 und Deutschlands beginnende Demokratisierung.**

Wien/Köln: Böhlau Verlag, 2021 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe, Bd. 61), 573 S., zahlr. Abb. u. Tab., ISBN 978-3-412-52302-2

Dem Buch liegt eine Dissertation zugrunde, mit der Andreas Schulz im Sommersemester 2019 von der Universität Jena promoviert worden ist. Im Zentrum steht das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt. Am 10. November 1911 hatten dort die Sozialdemokraten neun von sechzehn Landtagsmandaten errungen. Kurz darauf wählte diese Mehrheit den Sozialdemokraten Franz Winters zum Landtagspräsidenten, ein Ereignis, das für Schulz epochalen Charakter besitzt: „das bedeutete nichts geringeres, als dass nun in Deutschland und Europa, sondern überhaupt außerhalb Australiens ein Sozialdemokrat in das höchste auf demokratischem Wege zu erlangende Amt gelangt war“ (S. 12).

1912 kam es erneut zu einem Urnengang, bei dem die Sozialdemokraten ihre Mehrheit verteidigten. Der Verfasser zieht daraus die Schlussfolgerung, dass „nirgendwo sonst“ das 1867/71 geschaffene politische System „stärker herausgefordert worden [sei] als am Fuße des Kyffhäusers und in den Tälern von Schwarzta und Saale“ (ebd.).

Seine Untersuchung gliedert Andreas Schulz in neun Abschnitte. Nach einer Einleitung und Ausführungen über die Wahlkreiseinteilung folgen zwei Abschnitte, in denen er die Rahmenbedingungen und Probleme der Wahlfreiheit abhandelt. Den Schwerpunkt bilden zwei große Abschnitte über die Reichstagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen und Thüringen sowie über die Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt. Zwei kürzere Abschnitte über das „Landtagswahlverhalten im Kaiserreich“ und „Das sozialdemokratische Landtagspräsidium“ samt einer Zusammenfassung schließen die Arbeit ab. Der Untersuchung liegen vor allem die Landtags- und Reichstagsprotokolle zugrunde, hinzu kommen Aktenbestände des Landesarchivs Thüringen sowie Tages- und Wochenzeitungen.

Andreas Schulz begnügt sich nicht mit einer chronologischen Darstellung der Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt. Vielmehr arbeitet er mit einem aus der Politikwissenschaft gewonnenen theoretischen Bezugsrahmen – der These vom „Präsidentialismus“ und dem Demokratiemodell von Dankwart Rüstow. Beides nimmt eine zentrale Rolle in der Argumentation des Verfassers ein: Demzufolge verlaufen Demokratisierungsprozesse in vier Stadien: Zuerst entsteht ein Nationalstaat, der einen politischen Rahmen für Demokratisierungsprozesse bildet; dann entwickelt sich „ein zweipoliges Lager-system“, das sich heftig bekämpft. Wenn beide Lager erkennen, dass sie nicht stark genug sind, um



den Gegner zu besiegen, kommt es zu einem „Erschöpfungsfrieden“, der in der dritten Phase die Einübung demokratischer Gepflogenheiten ermöglicht, die sich dann in der vierten Phase stabilisieren (vgl. S. 70 ff.).

Lassen sich historische Ereignisse in einer Weise unter ein Modell subsumieren, wie der Tatbestand unter den Obersatz in der Rechtswissenschaft? Andreas Schulz ist davon überzeugt und so erlangt für ihn das Demokratiemodell von Rüstow fast kanonische Gültigkeit bei der Analyse von historischen Prozessen. Entsprechend diesem Ansatz bewertet er auch die Entscheidungen der Parteien in der Entstehungsphase der Weimarer Republik sehr grundsätzlich: „[...] indem SPD und DDP ein Bündnis mit dem Zentrum eingingen, verpasste(n) sie die Gelegenheit, den neuen Staat zum Projekt der Linken – wozu gesamtdeutsch auch die DDP gezählt werden darf – zu machen und die Ausbildung einer geschlossenen Rechten als Opposition zu ermöglichen“ (S. 76). Dabei ist die Einschätzung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) 1919 als Kraft eines linken Lagers nicht unproblematisch, war eine Koalition aus USPD, SPD und den Demokraten doch kaum vorstellbar. Zudem überschätzt dieser Ansatz auch die Kompromissbereitschaft der USPD und nicht zuletzt der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber ihrer linken Abspaltung.

Der Verlauf der innenpolitischen Entwicklung in Schwarzburg-Rudolstadt in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts beweist in den Augen von Schulz die Gültigkeit des Modells von Dankwart Rüstow (vgl. S. 388). Dabei überschätzt der Autor m.E. die Auswirkungen des sozialdemokratischen Wahlerfolgs von 1912 erheblich, wenn er hierin und in den folgenden Verfassungsaueinandersetzungen in Schwarzburg-Rudolstadt eine verpasste Gelegenheit sieht: Die Ereignisse hätten zum „Ausgangspunkt der weiteren Demokratisierung Deutschlands“ werden können, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer Parlamentsmehrheit auf Konfrontationskurs gegangen wäre (S. 438). Die SPD habe sich aber „in entscheidenden Momenten als zu handzahn“ erwiesen (ebd.).

Die Regierung des Landes hatte den Staatsrechtler Paul Laband um ein Gutachten gebeten. Der angesehene Jurist kam zu dem Schluss, dass der Ministerpräsident im Bundesrat die Bundesexekution nach Art. 19 der Reichsverfassung beantragen könne, falls die sozialdemokratische Mehrheit im Land ein ordnungsgemäßes Budget verhindern würde, sodass keine Matrikularbeiträge an das Reich abgeführt werden könnten. Oder man hätte mit der Mehrheit des Landtages den Bundesrat oder den Reichstag gemäß Art. 76 S. 2 der Reichsverfassung (nicht Art. 76 Abs. 2, wie Schulz schreibt) um Vermittlung bitten können. Diesen Weg hielt Laband angesichts „der Mehrheitsverhältnisse im Landtag für aussichtslos“ (S. 438). Bei der Reichsexekution wäre kein Beschluss des Reichstages erforderlich gewesen, wohl aber die Gegenzeichnung des Reichskanzlers für den Befehl zur Vollstreckung der Bundesexekution durch den Kaiser.

Aus der Existenz dieses Gutachtens leitet Schulz eine Kette von Mutmaßungen ab, die mehr als fraglich sind und die Grenzen dessen, was man noch als kontrafaktisches Denken akzeptieren kann, eindeutig überschreiten. Erst spekuliert er über die Folgen eines Antrages auf Bundesexekution gemäß Art. 19 der Reichsverfassung, um dann wiederum die Gültigkeit des Modells von Rüstow am Beispiel von Portugal, Italien, Spanien und Griechenland auf etwas mehr als einer Seite zu beweisen (vgl. S. 441f.). Worin der Bezug zu den Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt liegt, hat sich der Rezensentin nicht erschlossen.

So kommt Schulz hinsichtlich der Landtagswahl 1912 zu Schlussfolgerungen, die mehr als überraschen. Statt den sicher interessanten und bisher wenig beachteten Sachverhalt in die Diskussion um die Reformfähigkeit des Kaiserreiches einzuordnen, unternimmt der Autor Streifzüge durch die europäische Geschichte. Für den Vergleich mit Griechenland, um nur ein Beispiel zu nennen, wird ein Buch herangezogen. Bei der Analyse des Verhaltens der Sozialdemokraten im Land und im Reich fehlen in den Fußnoten Verweise auf die einschlägige Literatur zur Geschichte der Sozialdemokratie.

Ob der Wahlsieg der SPD 1912 wirklich als innenpolitisches Erdbeben – vergleichbar mit der Daily-Telegraf-Affäre oder dem Zabern-Zwischenfall – gewertet werden kann, ist fraglich. Immerhin kommt Schulz das Verdienst zu, ein bisher vernachlässigtes landesgeschichtliches Thema zur Diskussion zu stellen.

Köln

Katharina Kellmann



**ARCHIV DES  
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

